



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 28. September 2004 (04.10)
(OR. fr)

12798/04

PUBLIC 7

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
JULI/AUGUST 2004

Dieses Dokument enthält

- in **Anlage I** eine Aufstellung der vom Rat im Juli 2004 endgültig angenommenen Rechtssetzungsakte sowie in **Anlage II** die Protokollerklärungen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In der Aufstellung sind auch etwaige Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie die Abstimmungsregel vermerkt;
- in **Anlage III** eine Aufstellung der sonstigen vom Rat im Juli/August 2004 angenommenen Rechtsakte¹, in der gegebenenfalls auf Abstimmungsergebnisse, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie Erklärungen hingewiesen wird, die gemäß Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Vorliegendes Dokument ist auch über die Internet-Site <http://ue.eu.int> unter der Rubrik "Transparenz"- "Rechtsakte des Rates" zugänglich.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, dass ausschließlich die die endgültige Annahme der Rechtssetzungsakte betreffenden Protokolle maßgebend sind. Die Auszüge aus den betreffenden Protokollen können beim Dienst "Transparenz" über E-mail unter der Adresse transparency@consilium.eu.int angefordert werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

JULI 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
2594. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 5. Juli 2004 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/96 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte gewerbliche und landwirtschaftliche Waren sowie Fischereierzeugnisse	10050/04		Qualifizierte Mehrheit
2596. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 12. Juli 2004 Verordnung des Rates über die Verwaltungsorgane der europäischen Satellitennavigationsprogramme	10508/04 + COR 1 (pl) + COR 2 (lt) + REV 1 (hu)	142/04, 143/04, 144/04, 145/04	Einstimmigkeit
2599. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 19. Juli 2004 Beschluss des Rates über das allgemeine Konzept für die Neuaufteilung der Mittel im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 über eine gemeinschaftliche Förderung für Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zur Vorbereitung des Beitritts der Bewerberländer in Mittel- und Osteuropa während des Heranführungszeitraums	10319/04		Qualifizierte Mehrheit

JULI 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Beschluss des Rates zur Einsetzung regionaler Beiräte für die Gemeinsame Fischereipolitik	10825/04 + COR 1 (fi) + COR 2 (fr) + REV 1 (lt)	146/04, 147/04	Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates zur Festsetzung des höchstzulässigen jährlichen Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereien	10785/04 + REV 1 (lt)	148/04, 149/04, 150/04	Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor	10549/04	151/04, 152/04, 153/04, 154/04	Qualifizierte Mehrheit
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2505/96 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Gemeinschaftszollkontingente für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren	10953/04 + COR 1 (pt) + COR 2 (sv) + REV 1 (lt)		Qualifizierte Mehrheit
Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Entscheidung 2000/819/EG des Rates über ein Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (2001-2005)	PE-CONS 3675/2/04 REV 2		Qualifizierte Mehrheit

JULI 2004			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
2600. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 19. Juli 2004 Beschluss des Rates zum Zeitpunkt der Anwendung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen	10885/04 + COR 1 (de) + COR 2 (fi)		Einstimmigkeit
2602. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 26. Juli 2004 Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 2000/820/JI über die Errichtung der Europäischen Polizeiakademie (EPA)	11073/04		Einstimmigkeit
Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 2000/820/JI des Rates über die Errichtung der Europäischen Polizeiakademie (EPA)	11075/04		Einstimmigkeit
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1655/2000 über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE)	PE-CONS 3672/04	155/04	Stimmenthaltung ES, IT, EL, PL Dagegen PT Qualifizierte Mehrheit

ERKLÄRUNG 142/04**Erklärung der Kommission zu Artikel 5 Absatz 2 – Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Europäischen GNSS-Aufsichtsbehörde**

"Die Kommission erinnert daran, dass ausgehend von ihrer Mitteilung vom Dezember 2002 zu den Rahmenbedingungen für die europäischen Regulierungsagenturen ihr Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Verwaltungsorgane der europäischen Satellitennavigationsprogramme eine Aufsichtsbehörde mit einem Verwaltungsrat vorsah, dem sechs von der Kommission und sechs vom Rat benannte Mitglieder angehören. Die Kommission ist – entsprechend der am 13. Januar 2004 verabschiedeten Entschließung des Europäischen Parlaments zu der vorstehend genannten Mitteilung – der Ansicht, dass ein zahlenmäßig beschränkter Verwaltungsrat, dessen Mitglieder von den Exekutiven der Gemeinschaft benannt werden, ein besseres Funktionieren der Aufsichtsbehörde in einer erweiterten EU gewährleisten würde.

In diesem Zusammenhang sieht die Kommission der Antwort des Rates auf ihre Mitteilung zu den Rahmenbedingungen für die Regulierungsagenturen mit Interesse entgegen. Die Kommission bekräftigt ihre Absicht, zu gegebener Zeit einen Vorschlag über Rahmenbedingungen für europäische Regulierungsagenturen vorzulegen, in dem auch die Frage der Größe und Zusammensetzung des Verwaltungsrats behandelt wird."

ERKLÄRUNG 143/04

Erklärung der deutschen Delegation zu Artikel 15 – Vorrechte und Befreiungen

"Die Bundesrepublik Deutschland bekräftigt trotz ihrer Zustimmung zur Verordnung des Rates über die Verwaltungsorgane des europäischen Satellitennavigationsprogramms weiterhin, dass die Möglichkeiten der Anwendung eines Progressionsvorbehaltes für im Ansässigkeitsstaat steuerfreie Einkünfte des Personals der Aufsichtsbehörde und der Besteuerung der Ruhegehälter und ähnlicher Leistungen geschaffen werden sollten. Daher erinnert Deutschland erneut an den Vorschlag der Präsidentschaft anlässlich der 1931. Tagung des AStV, Teil 2, am 13. September 2001 eine allgemeine Aussprache über die Gewährung von Immunitäten und Privilegien in der EU durchzuführen. Zuletzt hat Deutschland bei der 1990. Tagung des AStV, Teil 2, am 18. Dezember 2002 und gelegentlich der 2000. Tagung der AStV, Teil 1, am 12. und 13. Dezember 2003 an diese Aussprache erinnert. Solange eine solche kritische Überprüfung der Gewährung von Immunitäten und Privilegien nicht durchgeführt wird, wird Deutschland auch künftig anstreben, Immunitäten und Privilegien (insbesondere fiskalische Privilegien und Ausnahmen von der nationalen Besteuerung) nur noch zu gewähren, soweit dies angesichts der fortschreitenden Integration der Mitgliedsstaaten in der EU zwingend erforderlich ist."

ERKLÄRUNG 144/04

Erklärung der französischen Delegation zu Artikel 15 – Vorrechte und Befreiungen und zu Artikel 16 – Personal

"Aufgrund der politischen Priorität des GALILEO-Projekts ist Frankreich bereit, seinen Vorbehalt zu den Artikeln 15 und 16 über die der Aufsichtsbehörde und ihrem Personal gewährten Vorrechte und Befreiungen zurückzuziehen. Frankreich erinnert daran, dass es die Kommission mehrfach aufgefordert hat, eine Grundsatzdebatte über die Berechtigung der systematischen Ausdehnung des Protokolls über die Vorrechte der Europäischen Gemeinschaften auf die dezentralen Einrichtungen und deren Mitarbeiter zu eröffnen. Frankreich hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass sich die Kommission bei der Prüfung des Vorschlags für eine Verordnung über die Europäische Grenzschutz-Koordinierungsstelle am 18. März 2004 auf Drängen Frankreichs verpflichtet hat, binnen eines angemessenen Zeitraums eine solche Debatte einzuleiten. Frankreich misst der Umsetzung dieser Verpflichtung große Bedeutung bei."

ERKLÄRUNG 145/04

Einseitige Erklärung Portugals und des Vereinigten Königreichs zu der Beteiligung von Drittländern:

"Das Vereinigte Königreich und Portugal weisen darauf hin, dass die Beteiligung von Drittländern an der Arbeit der Behörde sich nach neuen Übereinkünften richtet, die von der Kommission auszuhandeln sind und der Zustimmung des Rates bedürfen.

Das Vereinigte Königreich und Portugal erkennen die Vorteile einer solchen Beteiligung in vollem Umfang an, weisen jedoch darauf hin, dass es wichtig ist, die Interessen der Union und der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Sicherheit und der Integrität von Galileo zu schützen; sie rufen die Kommission auf, sicherzustellen, dass diese Interessen in den nach Artikel 19 Absatz 2 zu schließenden Übereinkünften uneingeschränkt gewahrt werden."

ERKLÄRUNG 146/04

Erklärung der Kommission

"Zu Artikel 1 Absatz 1

Die Kommission bestätigt, dass der Begriff "Fischereiinteresse" in der Weise zu verstehen ist, wie sie ihn bei der Annahme der Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 des Rates (in der Erklärung Nr. 26) ausgelegt hat."

ERKLÄRUNG 147/04

Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission

"Zu Artikel 5 Absatz 4

Rat und Kommission werden erforderlichenfalls geeignete Schritte einleiten, um sicherzustellen, dass neben dem Fangsektor auch "die anderen Interessengruppen" im Exekutivausschuss angemessen vertreten sind."

ERKLÄRUNG 148/04

Erklärung der Kommission zur Berechnung des Fischereiaufwands

"Die Kommission bestätigt, dass die in den Anlagen I und II enthaltenen Fischereiaufwandszuteilungen pro Mitgliedstaat den in diesen Gebieten betriebenen durchschnittlichen Fischereiaufwand darstellen, wie er von den Mitgliedstaaten für den Referenzzeitraum 1998-2002 gemeldet wurde. Die entsprechenden Werte wurden von der Kommission in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten errechnet."

ERKLÄRUNG 149/04

Erklärung der Kommission zu den Tiefseearten

"Die Kommission wird die Anträge der Mitgliedstaaten zu den Tiefseearten, einschließlich der anfallenden Beifänge, im Rahmen der Bestimmungen der Verordnung 2347/2002 mit spezifischen Zugangsbedingungen und einschlägigen Bestimmungen für die Fischerei auf Tiefseebestände prüfen."

Nach den derzeit geltenden Vorschriften dieser Verordnung ist die Möglichkeit, bestimmte Beifangarten an Bord zu behalten, nicht ausgeschlossen."

ERKLÄRUNG 150/04

Erklärung des Königreichs Spanien zur Annahme der Verordnung des Rates zur Festsetzung des höchstzulässigen jährlichen Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereien

"Das Königreich Spanien möchte darauf hinweisen, dass es beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften gegen die Verordnung (EG) 1954/2003 des Rates zur Steuerung des Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereiressourcen der Gemeinschaft, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 685/95 und (EG) Nr. 2027/95 Nichtigkeitsklage eingelegt hat (Rechtssache C-36/04).

Da der zur Annahme vorliegende Vorschlag die Durchführungsvorschriften zu der genannten Verordnung (EG) 1954/2003 enthält, geht das Königreich Spanien davon aus, dass im Falle einer Nichtigkeitsklärung durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft der Rat auch die Verordnung zur Festsetzung des höchstzulässigen jährlichen Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereien nicht anwenden darf und für den Fischereiaufwand in den westlichen Gewässern neue Vorschriften erlassen muss."

ERKLÄRUNG 151/04

Erklärung der Kommission

"Die Kommission erklärt, dass es Sache der zuständigen nationalen Verwaltungsbehörde ist, zu überprüfen, ob die FIAF-finanzierten Projekte den vorrangigen Maßnahmen nach Anhang III Abschnitt 2.2 Buchstabe e entsprechen."

ERKLÄRUNG 152/04

Erklärung der Kommission über die aquakulturbezogenen Prioritäten im Rahmen der FIAF-Programme

"Die Kommission erklärt, dass zu den unter Ziffer I genannten vorrangigen Maßnahmen ("die Entwicklung von Techniken, die zu einer erheblichen Verringerung der Umweltbelastungen beitragen") auch die Zucht in Käfigen in küstennahen Gewässern und das Anlegen neuer, mit extensiven Zuchtmethoden arbeitender Fischzuchtbetriebe gehört."

ERKLÄRUNG 153/04

Erklärung der Kommission über Fischereifahrzeuge

"Die Kommission möchte präzisieren, dass der Begriff der kommerziellen Nutzung in der Definition des Fischereifahrzeugs in Artikel 3 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 die kommerzielle Nutzung verfügbarer und zugänglicher lebender aquatischer Arten einschließlich anadromer und katadromer Arten während ihres Lebens im Meer betrifft und die Aquakultur im Sinne des Anhangs III Abschnitt 2.2 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 ausschließt, d.h. die Aufzucht oder Haltung von Fischen und anderen Wasserorganismen mittels Techniken, die auf Produktionssteigerung über das unter natürlichen Bedingungen mögliche Maß hinaus ausgerichtet sind; die betreffenden Pflanzen oder Tiere bleiben während der gesamten Aufzucht bis zur Ernte bzw. zum Fang Eigentum einer natürlichen oder juristischen Person."

ERKLÄRUNG 154/04

Erklärung der spanischen Delegation

"Die spanische Delegation hält es für positiv, dass den Schalentierzüchtern die Möglichkeit geboten werden soll, bei andauernder Verschmutzung oder in Zeiten der Konzentration der Erzeugung einen finanziellen Ausgleich zu erhalten.

Dessen ungeachtet vertritt die spanische Delegation die Auffassung, dass es andere Gewerbebezüge gibt, die mit der genannten Tätigkeit sehr eng verknüpft sind – wie etwa die Schalentierreinigungsbetriebe – und die auch von den gleichen Umständen betroffen sein können, ohne dass es für sie eine alternative Betätigung gäbe, und dass deshalb auch bei diesen Gewerbebezügen die mögliche Inanspruchnahme eines ähnlichen finanziellen Ausgleichs in Erwägung gezogen werden müsste.

Die spanische Delegation ersucht die Kommission, im Rahmen ihres künftigen Vorschlags für eine Verordnung über Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (2007-2013) die Lage der betreffenden Betriebe zu prüfen und eine ähnliche Behandlung in Betracht zu ziehen, wie sie den Züchtern zuteil wird."

ERKLÄRUNG 155/04

"Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Polen, Zypern und die Tschechische Republik

erkennen an, dass es wichtig ist, LIFE um weitere zwei Jahre zu verlängern, da es sich um das einzige Finanzierungsinstrument der EU handelt, das speziell auf den Umwelt- und Naturschutz ausgerichtet ist. Sie sind jedoch der Auffassung, dass die Ergebnisse des Programms und die Bemühungen der Mitgliedstaaten um die Umsetzung des Natura 2000-Netzes durch eine Zuweisung von lediglich 317,2 Mio. Euro für den Zeitraum 2005-2006 und somit eine erhebliche Reduzierung der jährlichen Mittelausstattung im Vergleich zu den vorangegangenen Phasen von LIFE, auch in Anbetracht der Erweiterung der EU, gravierend ausgehöhlt werden. Dadurch wird es für alle Beteiligten noch schwieriger, zu verstehen, warum die Kommission auf der einen Seite die Einrichtung des Natura 2000-Netzes vorantreibt und gleichzeitig die ohnehin geringen Mittel für Projekte in diesem Bereich kürzt.

Der Erfolg dieses Finanzierungsinstruments hängt von unserer Fähigkeit ab, es den Bürgern näher zu bringen, was nur durch ein stärkeres Engagement der Mitgliedstaaten – und nicht durch das Gegenteil – erreicht werden kann. Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Polen und Zypern können unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem geltenden Ausschussverfahren die Festlegung auf einen Verwaltungsausschuss nicht unterstützen. Diese Entscheidung berührt nicht die künftige Wahl eines Ausschussverfahrens für Rechtsakte im Umweltbereich.

Aus den oben dargelegten Gründen kann Portugal der LIFE-Verordnung in ihrer gegenwärtigen Form nicht zustimmen.

Spanien, Italien, Griechenland und Polen enthalten sich in Anbetracht der genannten Gründe. Zypern und die Tschechische Republik haben sich um eine Verbesserung der LIFE-Verordnung im Sinne der vorliegenden Erklärung bemüht. Dennoch stimmen Zypern und die Tschechische Republik für diese Verordnung, da sie zahlreiche positive Merkmale aufweist."

JULI/AUGUST 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2594. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 5. Juli 2004	
Aktualisierung (2004) der Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft (Zeitraum 2003-2005) Dok. 10676/04	
Beschluss des Rates betreffend den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung der Schweizerischen Eidgenossenschaft an der Polizeimission der Europäischen Union (EUPOL "PROXIMA") in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Dok. 10636/04	
Beschluss des Rates betreffend den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Norwegen über die Beteiligung des Königreichs Norwegen an der Europäischen Polizeimission (EUPOL "PROXIMA") in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Dok. 10638/04	
Beschluss des Rates betreffend den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine über die Beteiligung der Ukraine an der Polizeimission der Europäischen Union (EUPOL "PROXIMA") in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Doc. 10637/04	
Empfehlung des Rates an die Tschechische Republik mit dem Ziel, das übermäßige öffentliche Defizit zu beenden – Anwendung von Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Dok. 11215/04	
Empfehlung des Rates an Zypern mit dem Ziel, das übermäßige öffentliche Defizit zu beenden – Anwendung von Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Dok. 11217/04	
Empfehlung des Rates an Ungarn mit dem Ziel, das übermäßige öffentliche Defizit zu beenden – Anwendung von Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Dok. 11218/04	

JULI/AUGUST 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Empfehlung des Rates an Malta mit dem Ziel, das übermäßige öffentliche Defizit zu beenden – Anwendung von Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Dok. 11219/04 Empfehlung des Rates an Polen mit dem Ziel, das übermäßige öffentliche Defizit zu beenden – Anwendung von Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Dok. 11220/04 Empfehlung des Rates an die Slowakei mit dem Ziel, das übermäßige öffentliche Defizit zu beenden – Anwendung von Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Dok. 11221/01 Empfehlung des Rates an Griechenland mit dem Ziel, das übermäßige öffentliche Defizit zu beenden – Anwendung von Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Dok. 11216/04 2596. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 12. Juli 2004 Gemeinsame Aktion des Rates über die Einrichtung der Europäischen Verteidigungsagentur Dok. 10556/04 + REV 1 (fi) + REV 2 (fr) + REV 3 (nl), 11169/04 Gemeinsame Aktion des Rates betreffend die Gesichtspunkte des Betriebs des europäischen Satellitennavigationssystems, die die Sicherheit der Europäischen Union berühren Dok. 9566/04 Verordnung des Rates zur Genehmigung von Übertragungen zwischen Höchstmengen verschiedener Jahre für Textilwaren und Bekleidung mit Ursprung in der Sozialistischen Republik Vietnam Dok. 10465/04 + COR 1 (et) + COR 2 (il)	

JULI/AUGUST 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1600/1999 des Rates zur Einführung endgültiger Antidumpingzölle auf die Einfuhren von Draht aus nichtrostendem Stahl mit einem Durchmesser von 1 mm oder mehr mit Ursprung in Indien Dok. 9781/04 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1599/1999 des Rates zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Draht aus nichtrostendem Stahl mit einem Durchmesser von 1 mm oder mehr mit Ursprung in Indien Dok. 9785/04 Gemeinsame Aktion des Rates betreffend das Mandat des Sonderbeauftragten der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina und zur Aufhebung der Gemeinsamen Aktion 2002/211/GASP Dok. 10259/04 Gemeinsame Aktion des Rates über die militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina Dok. 11226/1/04 REV 1 2598. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 16. Juli 2004 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2320/97 des Rates zur Einführung endgültiger Antidumpingzölle auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder nicht legiertem Stahl mit Ursprung in unter anderem Russland und Rumänien Dok. 10958/04 2599. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 19. Juli 2004 Beschluss des Rates zur Genehmigung des Beitritts der Europäischen Gemeinschaft zum Internationalen Pflanzenschutzübereinkommen, revidiert und angenommen auf der 29. Tagung der FAO-Konferenz von November 1997 durch Entschließung 12/97 Dok. 9609/04, 10186/04 + ADD 1	

JULI/AUGUST 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Höchstgehalte an Pestizidrückständen in oder auf Lebens- und Futtermitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs und zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates Dok. 9262/04 + COR 1 (en) + COR 2 (es) + COR 3 (pt) + ADD 1 + ADD 1 REV 1 (es), 9994/04 + ADD 1 2600. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 19. Juli 2004 Beschluss des Rates über die Mitteilung an die Republik Korea der Kündigung des Abkommens über die Beschaffung im Telekommunikationssektor zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Korea seitens der Europäischen Gemeinschaft Dok. 10024/04 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1601/1999 des Rates zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Draht aus nichtrostendem Stahl mit einem Durchmesser von weniger als 1 mm mit Ursprung in Indien Dok. 9850/05 + COR 1 (es,da,el,en,es,et,fi,hu,it,lt,lv,nl,pl,sk,sl) Beschluss des Rates über einen Standpunkt der Gemeinschaft im Gemischten Rat EU-Mexiko betreffend die Änderungen des Beschlusses Nr. 2/2000 des Gemischten Rates Dok. 10699/04 + REV 1 (en) Verordnung des Rates zur Änderung und Aktualisierung der Verordnung (EG) Nr. 1334/2000 über eine Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck Dok. 10996/04 Gemeinsamer Standpunkt des Rates zur Änderung des Gemeinsamen Standpunkts 2003/495/GASP zu Irak Dok. 11051/04	

JULI/AUGUST 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Beschluss des Rates betreffend den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Türkei über die Beteiligung der Republik Türkei an der Europäischen Polizeimission (EUPOL "PROXIMA") in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Dok. 11284/04	
2602. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 26. Juli 2004	
Eisen- und Stahlerzeugnisse - Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Russischen Föderation zur Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Regierung der Russischen Föderation über den Handel mit bestimmten Eisen- und Stahlerzeugnissen Dok. 11351/04 - Verordnung des Rates zur Änderung des Beschlusses 2002/602/EGKS der Kommission über Einfuhrbeschränkungen für bestimmte Eisen- und Stahlerzeugnisse aus der Russischen Föderation Dok. 11322/04	
Gemeinsame Aktion des Rates betreffend das Mandat des Sonderbeauftragten der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina und zur Aufhebung der Gemeinsamen Aktion 2002/211/GASP Dok. 10259/04 (fr,de,it,da,el,es,pt,fi,sv,es,et,lv,lt,hu,mt,pl,sk,sl) + COR 1 (et)	
Gemeinsame Aktion des Rates über die militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina Dok. 11226/04 (fr,de,it,nl,da,el,es,pt,fi,sv,es,et,lv,lt,hu,,mt,pl,sk,sl) + REV 2 (en)	
Gemeinsame Aktion des Rates zur Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2003/870/GASP Dok. 11308/04	

JULI/AUGUST 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Norwegen über die Sicherheitsverfahren für den Austausch von Verschlusssachen Dok. 11210/04	
Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Bosnien und Herzegowina über die Sicherheitsverfahren für den Austausch von Verschlusssachen Dok. 11201/04	
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 131/2004 des Rates über bestimmte restriktive Maßnahmen gegen Sudan Dok. 10578/04	
Schriftliches Verfahren, abgeschlossen am 3. August 2004	
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 über bestimmte spezifische Beschränkungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Irak Dok. 11362/1/04 REV 1	
Schriftliches Verfahren, abgeschlossen am 11. August 2004	
Beschlüsse des Rates - zum Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Indien gemäß Artikel XXVIII des GATT 1994 über die Änderung der in der EG-Liste CXL im Anhang zum GATT 1994 vorgesehenen Zugeständnisse hinsichtlich Reis Dok. 11296/04 + REV 1 (pl) + REV 2 (et) - zum Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Pakistan gemäß Artikel XXVIII des GATT 1994 über die Änderung der in der EG-Liste CXL im Anhang zum GATT 1994 vorgesehenen Zugeständnisse hinsichtlich Reis Dok. 11297/04 + REV 1 (pl) + REV 2 (et) - zur Änderung der gemeinschaftlichen Einfuhrregelung für Reis Dok. 11298/04 + REV 1 (et)	Stimmenthaltung CZ, LT, PL, SK Dagegen DK,SE,UK

JULI/AUGUST 2004	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Schriftliches Verfahren, abgeschlossen am 13. August 2004 Verordnung des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Polyethylenterephthalat mit Ursprung in Australien, der Volksrepublik China und Pakistan und zur Einstellung des Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Polyethylenterephthalat mit Ursprung in Pakistan und zur Freigabe der Sicherheitsleistungen für die vorläufigen Zölle Dok. 11747/04 + REV 1 (sl) Schriftliches Verfahren, abgeschlossen am 18. August 2004 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 964/2003 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Rohrformstücke, Rohrverschlussstücke und Rohrverbindungsstücke mit Ursprung unter anderem in Thailand Dok. 11698/04 + COR 1 (en) + REV 1 (sl) Schriftliches Verfahren, abgeschlossen am 26. August 2004 Gemeinsamer Standpunkt des Rates zur Änderung des Gemeinsamen Standpunkts 2004/179/GASP betreffend restriktive Maßnahmen gegen die Führung der transnistrischen Region der Republik Moldau Dok. 11858/04	